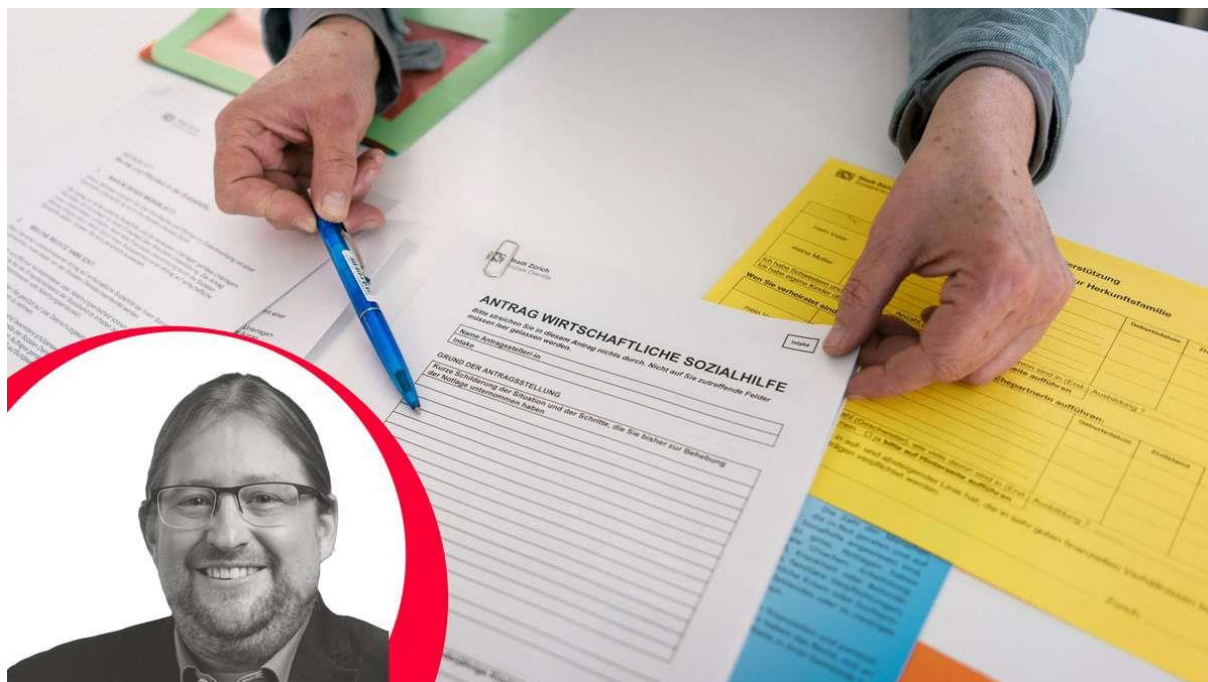




SP-Grossrat Stefan Bütikofer stösst sich daran, dass der Kanton bei seinen Sozialhilfeplänen allein handelt, ohne Einbezug der Gemeinden und Fachorganisationen.
Quelle: Christian Beutler/Keystone

Aus dem grossen Rat

Der Kanton soll in der Sozialhilfe keinen Alleingang machen, fordert SP-Grossrat Stefan Bütikofer

Der Lysser SP-Grossrat Stefan Bütikofer kritisiert die Pläne des Kantons Bern zur Veränderung des Sozialhilfesystems.

Stefan Bütikofer

Publiziert: 19.06.2024, 11:03 Uhr

Wer die Kolumne lieber hören möchte und ein Abo hat vom BT oder àjour kann die entsprechende Audiodatei [hier](#) finden

Die Sozialhilfe im Kanton Bern ist eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden – und das ist gut so! Der Kanton unterstützt und kontrolliert die Gemeinden, diese führen aus. Die Kosten werden geteilt, das führt zu einer interkantonalen Solidarität.

Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) hat nun vor, verschiedene Elemente an diesem System zu verändern. Unter anderem plant die GSI, einen Selbstbehalt für Gemeinden in der Sozialhilfe einzuführen. Damit sollen der Druck erhöht und Kosten gesenkt werden.

So weit, so gut, nur ist die Rechnung nicht so einfach. Gemeinden sind unterschiedlich stark von Sozialhilfekosten betroffen. In der Regel leben in Städten wie Biel mehr Sozialhilfebeziehende als auf dem Land. Aber auch eine kleine Gemeinde kann mit einem komplizierten Fall hohe Sozialauslagen haben.

Die Kontrolle über die Kosten liegt also nur zum Teil in der Hand der Gemeinde. Beim letzten Versuch der GSI, die Gemeinden über finanzielle Massnahmen kontrollieren zu wollen, wurde ein kompliziertes Abfederungssystem eingeführt. Mittels verschiedener Faktoren wie Leerwohnungsbestand, Anteil der Migrationsbevölkerung und so weiter sollten solche Verzerrungen ausgeglichen werden.

Es zeigt sich aber rasch, dass ein solches System einzelne schwierige Fälle nicht berücksichtigen kann. Zudem scheinen die Faktoren zwar einleuchtend. Dass aber ein hoher Anteil an Menschen mit einem ausländischen Pass nicht zwingend ein höheres Sozialhilferisiko bedeutet, zeigt sich etwa in der Gemeinde Gstaad eindrücklich. Ich finde es deshalb gefährlich, die Solidarität zwischen den Gemeinden zu untergraben. Sinnvoller scheinen mir die kürzlich eingeführten, verbesserten Revisionen durch die GSI. Hier können sich die Gemeinden verbessern, ohne dass neue Fehlanreize geschaffen werden.

Neben inhaltlichen Vorbehalten ist in meinen Augen aber vor allem das Vorgehen zu kritisieren: Der Kanton handelt hier allein, ohne Einbezug der Gemeinden, ohne Einbezug der Fachorganisationen. Das ist stossend, weil es sich ja um eine gemeinsame Aufgabe handelt. Die Revision des Sozialhilfegesetzes ist dabei nicht das einzige Beispiel. Dasselbe Vorgehen zeigt sich etwa auch bei den geplanten Vorgaben an die regionalen Arbeitsintegrationsstellen. Dazu kommt, dass in der Regel diejenigen Lösungen am tragfähigsten sind, bei denen alle Anspruchsgruppen einbezogen wurden. Ich erlebe das täglich in der Lokalpolitik, wo es ohne Kompromisse kein Vorankommen gibt. Es wäre schön, wenn sich die GSI das auch zu Herzen nehmen würde.

Info: Stefan Bütikofer (*1978) ist SP-Grossrat und Gemeinderat aus Lyss und unterrichtet Geschichte und Philosophie am Gymnasium Biel-Seeland.